

# Amtsblatt

## der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

### Teil I

Nummer 6

Ausgegeben in München am 31. März 2006

Jahrgang 2006

#### Inhalt

Seite

<b>I. Rechtsvorschriften</b>	—
<b>II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst</b>	
Richtlinien für die Beförderung von Lehrern, Sonderschullehrern, Fachlehrern und Förderlehrern an Volksschulen, Förderschulen und Schulen für Kranke . . . . .	74
Zulassung von Lernmitteln . . . . .	80
<b>III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen</b>	—

## II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

223011.132-UK

### Richtlinien für die Beförderung von Lehrern, Sonderschullehrern, Fachlehrern und Förderlehrern an Volksschulen, Förderschulen und Schulen für Kranke

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**

**vom 15. März 2006 Nr. IV.6-5 P 7010.1-4.19 125**

#### **1. Allgemeines**

##### **1.1 Anwendungsbereich**

Die Richtlinien gelten für die Beförderung von Lehrern, Sonderschullehrern, Fachlehrern und Förderlehrern an staatlichen Volksschulen, Förderschulen und Schulen für Kranke. Sie gelten sinngemäß für die nicht nur vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Funktion als Vorstufe für eine spätere Beförderung. Für Berufsschullehrer, Realschullehrer und Gymnasiallehrer an Förderschulen und Schulen für Kranke gelten die Beförderungsrichtlinien der jeweiligen Schulart. Den Kommunen wird hinsichtlich ihrer Förderschulen empfohlen, die Richtlinien entsprechend anzuwenden.

##### **1.2 Begriffsbestimmungen**

Eine Beförderung ist eine Ernennung, durch die ein anderes Amt mit höherem Endgrundgehalt und anderer Amtsbezeichnung verliehen wird; Amtszulagen gelten als Bestandteil des Grundgehalts (§ 4 Abs. 3 Satz 1 LbV). Einer Beförderung steht es gleich, wenn ein anderes Amt mit höherem Endgrundgehalt übertragen wird, ohne dass sich die Amtsbezeichnung ändert (§ 4 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 LbV).

##### **1.3 Zuständigkeit**

Zuständig für die Beförderung sind die Regierungen als Ernennungsbehörden nach Maßgabe der ZustV-KM in der jeweils geltenden Fassung.

##### **1.4 Grundsätze für Beförderungen**

###### **1.4.1 Beamten- und laufbahnrechtliche Grundsätze**

Beförderungen sind nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung unter Beachtung der beamtenrechtlichen und laufbahnrechtlichen Bestimmungen (insbesondere

Art. 12 Abs. 2 und Art. 21 Abs. 2 BayBG sowie § 11 LbV) vorzunehmen. Die Berechnung von Dienstzeiten, die Voraussetzung für eine Beförderung sind, richtet sich nach den Bestimmungen der Laufbahnverordnung. Ein Anspruch auf Beförderung besteht nicht.

###### **1.4.2 Haushaltsrechtliche Grundsätze**

Beförderungen dürfen nur im Rahmen der zur Bewirtschaftung zugewiesenen und freien Planstellen vorgenommen werden. Sie sind mit der Einweisung in die entsprechende Planstelle zu verbinden. Die jeweilige haushaltsrechtliche Wiederbesetzungssperre von Beförderungsstellen ist zu beachten.

###### **1.5 Amtsbezeichnung**

Die Beförderungsämter ergeben sich aus der Bundesbesoldungsordnung A und der Bayerischen Besoldungsordnung A sowie der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 27. August 1998 (KWMBI I S. 482), geändert durch Bekanntmachung vom 6. November 2001 (Beilage zum StAnz Nr. 50/2001) oder sonstigen Regelungen der Staatsregierung nach Art. 89 Abs. 2 BayBG.

###### **1.6 Beförderungszeitpunkt**

Beförderungen oder Funktionsübertragungen, die einen Lehrerwechsel in der Klassenleitung zur Folge haben, sollen zu Schuljahresbeginn vorgenommen werden.

Bei Auswahlentscheidungen ist die Beförderung bzw. die Funktionsübertragung frühestens zwei Wochen nach Verständigung der nicht berücksichtigten Bewerber zulässig. Ein Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz darf nicht vorliegen.

Während einer Beurlaubung nach Art. 80 b oder Art. 80 c BayBG sowie einer Elternzeit ist eine Beförderung nicht vorzunehmen; dies gilt nicht in den Fällen einer Teilzeitbeschäftigung im Beamtenverhältnis während einer Elternzeit sowie in Fällen einer Teilzeitbeschäftigung nach Art. 80 b Abs. 2 BayBG.

#### **2. Stellenausschreibung**

##### **2.1 Ausschreibungspflicht**

Die zu besetzenden Funktionsstellen an Volksschulen und Förderschulen und Schulen für Kranke sind im amtlichen Schulanzeiger der Regierung auszuschriften, die für die Besetzung der Funktionsstelle zuständig ist. Die Stellenausschreibung ist zu wiederholen,

wenn auf die erste Ausschreibung keine berücksichtigungsfähigen Bewerbungen eingegangen sind.

## 2.2 Inhalt der Stellenausschreibung

In der Stellenausschreibung sind die Funktionsstelle (Amt und Besoldungsgruppe), die Schule oder der Zuständigkeitsbereich sowie gegebenenfalls Besonderheiten der Schule anzugeben. Die Stellenausschreibung soll einen Hinweis auf den in erster Linie angesprochenen Personenkreis enthalten. Ein besonderes Anforderungsprofil der zu besetzenden Stelle ist aufzunehmen, wenn es ein wesentliches Qualifikationsmerkmal darstellt, das sich nicht bereits aus dem Amt selbst oder aus anderweitigen Regelungen ergibt.

Die Ausschreibung ist geschlechtsneutral zu formulieren. Sie muss einen Hinweis darauf enthalten, ob die jeweilige Stelle teilzeitfähig oder nicht teilzeitfähig ist (Art. 7 Abs. 2 BayGlG). In Bereichen, in denen Frauen in erheblich geringerer Zahl beschäftigt sind als Männer, sind Frauen besonders aufzufordern, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Zudem ist zu vermerken, dass schwerbehinderte Bewerber bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt werden.

Die Frist für die Einreichung der Bewerbung muss mindestens zwei Wochen betragen (§ 3 Abs. 2 LbV).

## 2.3 Ausnahmen

Eine Stellenausschreibung entfällt, wenn die Stelle mit einer Lehrkraft besetzt werden kann, der damit eine ihrem Amt entsprechende Verwendung (wieder) ermöglicht wird. Dies gilt auch in Fällen sonstiger Versetzungen, die nicht mit einer Beförderung verbunden sind bzw. eine solche unmittelbar vorbereiten. Die Stellenausschreibung entfällt auch dann, wenn die gestiegene Schülerzahl einer Schule die Übertragung eines höherwertigen Amtes ermöglicht und der bisherige Amtsinhaber nach Feststellung der Regierung für das neue Amt geeignet ist.

## 2.4 Privatschulen

Den Trägern privater Volksschulen oder privater Förderschulen und Schulen für Kranke wird die Ausschreibung von Funktionsstellen entsprechend Nr. 2.2 der Richtlinien empfohlen, wenn die Funktionen von staatlichen Lehrkräften wahrgenommen werden sollen. Die Ausschreibung erfolgt im amtlichen Schulanzeiger als Hinweis auf eine zu besetzende Funktionsstelle und wird im nichtamtlichen Teil abgedruckt.

# 3. Auswahlverfahren

## 3.1 Grundsatz

Die Auswahl unter mehreren Bewerbern ist nach pflichtgemäßem Ermessen nach den Grundsätzen von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse, Glauben, reli-

giöse und politische Anschauungen, Herkunft oder Beziehungen zu treffen (Art. 33 Abs. 2 und Art. 3 Abs. 3 GG, Art. 94 Abs. 2 BV, Art. 12 Abs. 2 BayBG, § 2 LbV).

## 3.2 Angehörigeneigenschaft

Die Berücksichtigung der Bewerbung einer Lehrkraft um eine Funktion in der Schulleitung (Schulleiter, ständiger Vertreter und weiterer Vertreter der Schulleitung) ist ausgeschlossen, wenn ein Angehöriger im Sinne des Art. 20 Abs. 5 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz an der betreffenden Schule tätig ist. Dies gilt nicht, wenn der Angehörige sich für den Fall der Auswahl des Bewerbers, zu dem die Angehörigeneigenschaft besteht, mit der Wegversetzung von der Schule einverstanden erklärt hat und die Wegversetzung möglich ist.

## 3.3 Auswahlentscheidung

Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Bewerber sind an den Anforderungen des zu übertragenden Amtes zu messen. Der dienstlichen Beurteilung kommt dabei besondere Bedeutung zu (§ 10 Abs. 1 Satz 3 LbV).

Voraussetzung für die Teilnahme am Auswahlverfahren ist damit grundsätzlich das Vorliegen einer aktuellen dienstlichen Beurteilung. Ist eine dienstliche Beurteilung nicht mehr aktuell, insbesondere, weil sie älter als vier Jahre ist oder sich die Besoldungsgruppe des Bewerbers infolge einer Beförderung (vgl. § 4 Abs. 3 LbV) zwischenzeitlich geändert hat, so ist eine aktuelle Eignungs- und Leistungseinschätzung nach den für dienstliche Beurteilungen geltenden Maßstäben zu erstellen. Eine aktuelle Eignungs- und Leistungseinschätzung als Ersatz für eine vor Vollendung des 55. Lebensjahres unterbliebene periodische Beurteilung wird jedoch nicht erstellt, wenn die periodische Beurteilung auf Antrag der Lehrkraft unterblieb oder der Lehrkraft ein Antragsrecht hinsichtlich einer periodischen Beurteilung zustand; eine Teilnahme am Auswahlverfahren ist in diesen Fällen ausgeschlossen.

In den Fällen, in denen die in Betracht kommenden Bewerber nach den dienstlichen Beurteilungen im Wesentlichen gleich geeignet sind, können weitere Kriterien ergänzend herangezogen werden. Dies können z.B. frühere Beurteilungen, insbesondere die vorletzte, die Ergebnisse der Lehramtsprüfungen, berufliche Erfahrungen oder Fortbildungen einschließlich einschlägiger Qualifizierungskurse sein.

Die Ernennungsbehörde soll mit geeigneten Bewerbern Vorstellungsgespräche führen. Ein Vorstellungsgespräch ersetzt nicht den auf der Grundlage von dienstlichen Beurteilungen vorzunehmenden Vergleich der Bewerber nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung. Es muss so ausgestaltet sein, dass die Bewerber die gleiche Chance haben, ihre fachliche und persönliche Eignung unter

- Beweis zu stellen (gleicher und ausreichend bemessener Zeitraum, vergleichbare Themenbereiche).
- 3.4 Schriftform**  
Die wesentlichen Auswählerwägungen (einschließlich der Erkenntnisse aus einem Vorstellungsgespräch) sind schriftlich festzuhalten. Sie müssen sachgerecht und nachvollziehbar sein.
- 3.5 Verfahren**  
Bewerbungen um eine ausgeschriebene Funktionsstelle sind bei der zuständigen Regierung – im Volksschulbereich gesammelt über das jeweilige Staatliche Schulamt – einzureichen. Für jeden Bewerber ist – im Volksschulbereich durch das Staatliche Schulamt und im Bereich der Förderschulen und Schulen für Kranke durch den Schulleiter – grundsätzlich eine schriftliche Stellungnahme zur Eignung abzugeben. Die Regierung trifft die Auswahlentscheidung, führt die erforderlichen Teilnahmeverfahren durch und informiert die Bewerber.
- 3.6 Beteiligung der Personalvertretung**  
Die Beteiligung des Personalrats richtet sich nach Art. 75 Abs. 1 Nr. 2 BayPVG. Unabhängig davon ist bei schwerbehinderten Bewerbern die Schwerbehindertenvertretung zu hören (§ 95 Abs. 2 SGB IX). Eine eventuelle Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten richtet sich nach Art. 18 Abs. 3 BayGlG.
- 3.7 Benachrichtigung der Bewerber von der Auswahlentscheidung**  
Die Bewerber sind nach Abschluss des Auswahlverfahrens einschließlich aller Beteiligungs- und Anhörungsverfahren von der Entscheidung schriftlich zu verständigen.  
  
Die erfolgreichen Bewerber sind davon zu unterrichten, dass die Entscheidung zu ihren Gunsten erfolgt ist, die Ernennung oder die Bestellung aber gesondert erfolgt.  
  
Die nicht berücksichtigten Bewerber sind davon zu verständigen, dass unter Anwendung der Kriterien Eignung, Befähigung und fachliche Leistung ein anderer Bewerber bevorzugt wurde. Der Name, die Funktion und der Dienstort des erfolgreichen Bewerbers ist den nicht berücksichtigten Bewerbern bekannt zu geben. Eine Rechtsbehelfsbelehrung erfolgt nicht.
- 4. Nicht regelmäßig zu durchlaufende Ämter (§ 11 Abs. 1 Satz 2 LbV)**  
Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus bestimmt mit Zustimmung des Landespersonalausschusses (Abschnitt E ARLPA), dass zu den nicht regelmäßig zu durchlaufenden Ämtern gehören:
- 4.1 In der Laufbahn der Lehrer:**  
4.1.1 Bei der Beförderung von einem Amt der BesGr. A 12 in Ämter der BesGr. A 13 die Ämter der BesGr. A 12 + AZ.
- 4.1.2 Bei der Beförderung von einem Amt der BesGr. A 12 zum Seminarrektor der BesGr. A 13 + AZ die Ämter der BesGr. A 12 + AZ und der BesGr. A 13.
- 4.1.3 Bei der Beförderung eines Lehrers, der das Amt des Leiters einer Volksschule (BesGr. A 12 + AZ) mindestens drei Jahre ausgeübt und dieses infolge schulorganisatorischer Maßnahmen verloren hat und nun eine Ausgleichszulage nach § 13 Abs. 1 BBesG erhält, in ein Amt der BesGr. A 13 + AZ oder der BesGr. A 14 das Amt der BesGr. A 13 oder die Ämter der BesGr. A 13 und A 13 + AZ.
- 4.1.4 Bei der Beförderung von einem Amt der BesGr. A 12 + AZ zum Rektor der BesGr. A 13 + AZ oder der BesGr. A 14 die Ämter der BesGr. A 13 oder der BesGr. A 13 + AZ.
- 4.1.5 Bei der Beförderung von einem Amt der BesGr. A 13 zum Rektor der BesGr. A 14 das Amt der BesGr. A 13 + AZ.
- Es können damit beispielsweise unmittelbar  
– Lehrer der BesGr. A 12 zu Rektoren oder Konrektoren der BesGr. A 13,  
– Lehrer der BesGr. A 12, Rektoren, Konrektoren oder Zweite Konrektoren der BesGr. A 12 + AZ zu Seminarrektoren der BesGr. A 13 + AZ,  
– Rektoren, Konrektoren oder Zweite Konrektoren der BesGr. A 12 + AZ sowie Rektoren und Konrektoren der BesGr. A 13 zu Rektoren der BesGr. A 13 + AZ oder der BesGr. A 14 befördert werden.
- 4.2 In der Laufbahn der Sonderschullehrer:**  
4.2.1 Bei der Beförderung eines Sonderschullehrers oder Sonderschuloberlehrers der BesGr. A 13 in Ämter der BesGr. A 14 das Amt eines Sonderschuloberlehrers der BesGr. A 13 + AZ.
- 4.2.2 Bei der Beförderung eines Sonderschullehrers oder Sonderschuloberlehrers der BesGr. A 13 in ein Amt der BesGr. A 14 + AZ die Ämter der BesGr. A 13 + AZ und A 14.
- 4.2.3 Bei der Beförderung eines Sonderschuloberlehrers der BesGr. A 13 + AZ zum Seminarrektor der BesGr. A 14 + AZ die Ämter der BesGr. A 14.
- 4.2.4 Bei der Beförderung von einem Amt der BesGr. A 14 in ein Amt der BesGr. A 15 die Ämter der BesGr. A 14 + AZ.
- 4.2.5 Bei der Beförderung von einem Amt der BesGr. A 14 + AZ in ein Amt der BesGr. A 15 + AZ ein Amt der BesGr. A 15.
- Es können damit beispielsweise unmittelbar  
– Sonderschullehrer und Sonderschuloberlehrer der BesGr. A 13 zu Sonderschulrektoren, Sonderschulkonrektoren oder Zweiten Sonderschulkonrektoren der BesGr. A 14,  
– Sonderschullehrer und Sonderschuloberlehrer der BesGr. A 13 bzw. Sonderschuloberlehrer der BesGr. A 13 + AZ zu Sonderschulrektoren, Sonderschulkonrektoren und Seminarrektoren der BesGr. A 14 + AZ,  
– Sonderschulrektoren, Sonderschulkonrektoren oder Zweite Sonderschulkonrektoren der BesGr. A 14 zu Sonderschulrektoren der BesGr. A 15,

- Sonderschulrektoren und Sonderschulkonrektoren der BesGr. A 14 + AZ zu Direktoren der Landesschulen der BesGr. A 15 + AZ befördert werden.

## 5. Beförderungen in Ämter für Schulleiter und Schulleiterstellvertreter

### 5.1 Grundsatz

Die Einstufung der Ämter von Schulleitern und Schulleiterstellvertretern an Volksschulen sowie an Förderschulen und Schulen für Kranke ist besoldungsrechtlich an eine bestimmte Schülerzahl geknüpft. Die Planstellen für diese Ämter werden im Haushalt nach den Schülerzahlen ausgebracht, die zum 1. Oktober des jeweiligen Haushaltsjahres voraussichtlich erreicht werden (Art. 14 Abs. 1 Bay-BesG). Beförderungen sind aber nur entsprechend den am 1. Oktober tatsächlich erreichten Schülerzahlen möglich. Die Übertragung der Funktion soll dessen ungeachtet bereits zu Schuljahresbeginn erfolgen.

### 5.2 Ermittlung der Schülerzahl

Bei der Ermittlung der erforderlichen Schülerzahl bleiben Schulvorbereitende Einrichtungen unberücksichtigt.

An einer Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung mit Teilzeitunterricht rechnen 2,5 Unterrichtsteilnehmer mit Teilzeitunterricht als einer (vgl. Nr. 6 der Vorbemerkungen zu den Bayerischen Besoldungsordnungen).

Sonderpädagogische Förderzentren gelten als sonstige Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung. Bei der Berechnung der für die Einstufung der Ämter in der Schulleitung maßgebenden Schülerzahl werden Schüler, die auf der Grundlage des Lehrplans der Schule zur Lernförderung unterrichtet werden, und Schüler in Schulen bzw. Klassen für Kranke mit dem Faktor 0,67 berücksichtigt (vgl. Nr. 8 Sätze 2 und 3 der Vorbemerkungen zu den Bayerischen Besoldungsordnungen).

Die durch die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste einer Förderschule betreuten Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen werden bei der Einstufung von Schulleitern und Schulleiterstellvertretern der allgemeinen Schulen mit dem Faktor 1,0 berücksichtigt; bei der Einstufung von Schulleitern und Schulleiterstellvertretern der Förderschule wird für jeweils vier angefangene Lehrerwochenstunden ein Schüler berechnet (vgl. Nr. 8 Satz 4 der Vorbemerkungen zu den Bayerischen Besoldungsordnungen).

### 5.3 Nachhaltige Sicherung der Schülerzahl

Die für die Beförderung erforderliche Schülerzahl muss nachhaltig gesichert sein. Bei der Neubesetzung einer Funktionsstelle (Ausschreibung) ist eine nachhaltige Sicherung gegeben, wenn die Schülerzahl in den nächsten drei Schuljahren (Stichtag 1. Oktober) vorliegt. Bei einer Beförderung infolge gestiegener Schülerzahlen muss die Schülerzahl in

den nächsten drei Schuljahren einschließlich des aktuellen Schuljahres gesichert sein. Als Grundlage für diese Prognose sind insbesondere die Geburtenzahlen, die sonstige Bevölkerungsentwicklung, die Erfahrungsquote aus den Schullaufbahnentscheidungen sowie schulorganisatorische Maßnahmen zu berücksichtigen.

## 5.4 Erforderliche dienstliche Beurteilungen

Für die Beförderung in Ämter für Schulleiter und Schulleiterstellvertreter ist Voraussetzung, dass in der aktuellen dienstlichen Beurteilung (vgl. hierzu Nr. 3.3 der Richtlinien) neben einer **entsprechenden Verwendungseignung** (vgl. Abschnitt A Nr. 3 der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung und den Leistungsbericht für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern) **mindestens folgende Bewertungsstufe** erreicht wurde:

### 5.4.1 Volksschule

#### 5.4.1.1 Beförderung zum

- Konrektor der BesGr. A 12 + AZ
  - Zweiten Konrektor der BesGr. A 12 + AZ
- mindestens die Bewertungsstufe  
„Leistung, die den Anforderungen insgesamt entspricht“ (EN)

#### 5.4.1.2 Beförderung zum

- Rektor der BesGr. A 12 + AZ
  - Konrektor der BesGr. A 13
  - Rektor der BesGr. A 13
- mindestens die Bewertungsstufe  
„Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB)

#### 5.4.1.3 Beförderung zum

- Rektor der BesGr. A 13 + AZ
  - Rektor der BesGr. A 14
- mindestens die Bewertungsstufe  
„Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB) in einem Amt mindestens der BesGr. A 12 + AZ sowie eine mindestens zweijährige Tätigkeit in einer entsprechenden Funktion

### 5.4.2 Förderschule und Schule für Kranke

#### 5.4.2.1 Beförderung zum

- Sonderschulkonrektor der BesGr. A 14
  - Zweiten Sonderschulkonrektor der BesGr. A 14
- mindestens die Bewertungsstufe  
„Leistung, die den Anforderungen insgesamt entspricht“ (EN)

#### 5.4.2.2 Beförderung zum

- Sonderschulkonrektor der BesGr. A 14 + AZ
  - Sonderschulrektor der BesGr. A 14
  - Sonderschulrektor der BesGr. A 14 + AZ
- mindestens die Bewertungsstufe  
„Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB)

#### 5.4.2.3 Beförderung zum

- Sonderschulrektor der BesGr. A 15
- mindestens die Bewertungsstufe  
„Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB) in einem Amt mindestens der BesGr. A 14 sowie eine mindestens zweijährige Tätigkeit in einer entsprechenden Funktion



## 6. Beförderung in Ämter für Seminarleiter

### 6.1 Lehramt Grundschule und Lehramt Hauptschule

Voraussetzung für eine Beförderung in das Amt des **Seminarrektors der BesGr. A 13 + AZ** als Leiter eines Seminars für das Lehramt an Grundschulen oder das Lehramt an Hauptschulen ist in der aktuellen dienstlichen Beurteilung (vgl. hierzu Nr. 3.3 der Richtlinien) neben einer **entsprechenden Verwendungseignung** (vgl. Abschnitt A Nr. 3 der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung und den Leistungsbericht für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern) mindestens die Bewertungsstufe

- „Leistung, die die Anforderungen besonders gut erfüllt“ (BG) als Lehrer der BesGr. A 12 oder
- „Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB) in einem Amt mindestens der BesGr. A 12 + AZ.

Voraussetzung für die Übertragung des Amtes **Seminarrektor der BesGr. A 14** als Leiter eines Studienseminars für das Lehramt an Grundschulen oder das Lehramt an Hauptschulen ist eine aktuelle dienstliche Beurteilung als Seminarrektor der BesGr. A 13 + AZ mit mindestens der Bewertungsstufe „Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB).

### 6.2 Lehramt Sonderschule

Voraussetzung für eine **Bestellung zum Leiter eines Seminars** für die Ausbildung von Sonderschullehrern ist in der aktuellen dienstlichen Beurteilung (vgl. hierzu Nr. 3.3 der Richtlinien) neben einer **entsprechenden Verwendungseignung** (vgl. Abschnitt A Nr. 3 der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung und den Leistungsbericht für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern) mindestens die Bewertungsstufe

- „Leistung, die die Anforderungen besonders gut erfüllt“ (BG) als Sonderschullehrer der BesGr. A 13 oder Sonderschuloberlehrer der BesGr. A 13 + AZ oder
- „Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB) in einem Amt mindestens der BesGr. A 14.

Die Reihenfolge von Beförderungen in das Amt des **Seminarrektors der BesGr. A 14 + AZ** wird unbeschadet der Zuständigkeit der Regierungen als Ernennungsbehörde vom Staatsministerium festgelegt.

### 6.3 Fachlehrer

Voraussetzung für die Übertragung des Amtes **Fachlehrer der BesGr. A 12 als Leiter eines Seminars** für die Ausbildung von Fachlehrern ist eine mindestens vierjährige Dienstzeit im Amt der BesGr. A 11 sowie in der aktuellen dienstlichen Beurteilung neben einer **entsprechenden Verwendungseignung** (vgl. Abschnitt A Nr. 3 der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung und den Leistungsbericht für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern) mindestens die Bewertungsstufe „Leistung,

die die Anforderungen besonders gut erfüllt“ (BG).

### 6.4 Förderlehrer

Voraussetzung für die Übertragung des Amtes **Förderlehrer der BesGr. A 12 als Leiter eines Seminars** für die Ausbildung von Förderlehrern ist in der aktuellen dienstlichen Beurteilung neben einer **entsprechenden Verwendungseignung** (vgl. Abschnitt A Nr. 3 der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung und den Leistungsbericht für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern) mindestens die Bewertungsstufe „Leistung, die die Anforderungen besonders gut erfüllt“ (BG).

## 7. Beförderung in Ämter für Schulpsychologen

### 7.1 Schulpsychologen mit einem Erweiterungsstudium der Psychologie mit schulpsychologischem Schwerpunkt im Rahmen des Lehramtsstudiums

In das Amt eines **Beratungsrektors der BesGr. A 12 + AZ** können Lehrkräfte befördert werden, die das Studium für das Lehramt an Grundschulen oder das Lehramt an Hauptschulen durch das Studium der Psychologie mit schulpsychologischem Schwerpunkt, das an die Stelle eines Unterrichtsfaches getreten ist, erweitert haben.

Voraussetzung für die Beförderung in das Amt eines Beratungsrektors der BesGr. A 12 + AZ an Grundschulen und an Hauptschulen ist in der aktuellen dienstlichen Beurteilung mindestens die Bewertungsstufe „Leistung, die die Anforderungen besonders gut erfüllt“ (BG).

Zur Übertragung des Amtes **Beratungsrektor der BesGr. A 13 als Koordinator für die Schulberatung an Grund- und Hauptschulen** bedarf es einer aktuellen dienstlichen Beurteilung als Beratungsrektor der BesGr. A 12 + AZ mit mindestens der Bewertungsstufe „Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB).

### 7.2 Schulpsychologen mit einem abgeschlossenen Zweitstudium der Psychologie

Voraussetzung für eine Beförderung in das Amt eines **Beratungsrektors der BesGr. A 13 an Grundschulen und Hauptschulen** sowie in das Amt eines **Beratungsrektors der BesGr. A 14 an Förderschulen und Schulen für Kranke** ist neben der entsprechenden Lehrbefähigung ein abgeschlossenes Zweitstudium der Psychologie von mindestens vier Semestern sowie eine aktuelle dienstliche Beurteilung mit mindestens der Bewertungsstufe „Leistung, die die Anforderungen besonders gut erfüllt“ (BG).

Zur Übertragung des Amtes des Beratungsrektors der BesGr. A 14 als Koordinator für die Schulberatung an Grund- und Hauptschulen bedarf es einer aktuellen dienstlichen Beurteilung als Beratungsrektor der BesGr. A 13 mit mindestens der Bewertungsstufe „Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB).

- 8. Beförderung in ein Amt für qualifizierte Beratungslehrer**
- Voraussetzung für eine Beförderung in das Amt eines **Beratungsrektors der BesGr. A 13 als qualifizierter Beratungslehrer an Grundschulen und Hauptschulen** ist neben der entsprechenden Lehrbefähigung grundsätzlich eine Erweiterung der Ersten Staatsprüfung gemäß § 109 LPO I im Fach Beratungslehrkraft sowie in der aktuellen dienstlichen Beurteilung mindestens die Bewertungsstufe „Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB).
- 9. Beförderung in ein Amt für Systembetreuer**
- Voraussetzung für eine Beförderung in das Amt eines **Beratungsrektors der BesGr. A 13 als Systembetreuer an Volksschulen** ist neben der Betreuung von mindestens 60 Computerarbeitsplätzen in der aktuellen dienstlichen Beurteilung mindestens die Bewertungsstufe „Leistung, die die Anforderungen übersteigt“ (UB).
- 10. Beförderung zum Sonderschuloberlehrer**
- Das Amt des Sonderschuloberlehrers der BesGr. A 13 + AZ darf nach Fußnote 6 zur BesGr. A 13 BayBesO frühestens nach einer Dienstzeit von 10 Jahren als planmäßiger Sonderschullehrer verliehen werden. Es kann nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Planstellen übertragen werden. Das Staatsministerium bestimmt in diesem Rahmen die Reihenfolge der möglichen Beförderungen.
- 11. Übertragung des Amtes Fachlehrer der BesGr. A 11**
- Das Amt des Fachlehrers der BesGr. A 11 darf nach Fußnote 2 zur BesGr. A 11 BayBesO frühestens nach einer achtjährigen Lehrtätigkeit nach Erwerb der Laufbahnbefähigung oder einer Dienstzeit von 4 Jahren seit der Anstellung als Fachlehrer übertragen werden. Es kann nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Planstellen übertragen werden. Das Staatsministerium bestimmt in diesem Rahmen die Reihenfolge der möglichen Beförderungen.
- 12. Übertragung des Amtes Fachlehrer der BesGr. A 12 an Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung**
- Für die Beförderung von gewerblichen Fachlehrern an Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung in die BesGr. A 12 gelten grundsätzlich die Beförderungsrichtlinien der beruflichen Schulen. Das Staatsministerium bestimmt in diesem Rahmen die Reihenfolge der möglichen Beförderungen.
- 13. Übertragung des Amtes Förderlehrer der BesGr. A 10**
- Das Amt des Förderlehrers der BesGr. A 10 kann nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Planstellen übertragen werden. Das Staatsministerium bestimmt in diesem Rahmen die Reihenfolge der möglichen Beförderungen.
- 14. Übertragung des Amtes Förderlehrer der BesGr. A 11**
- Voraussetzung für die Übertragung des Amtes Förderlehrer als Koordinator fachlicher Aufgaben und als Fachberater der Schulaufsicht auf Schulumtsebene der BesGr. A 11 ist in der aktuellen dienstlichen Beurteilung neben einer entsprechenden Verwendungseignung (vgl. Abschnitt A Nr. 3 der Richtlinien für die dienstliche Beurteilung und den Leistungsbericht für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern) mindestens die Bewertungsstufe „Leistung, die die Anforderungen besonders gut erfüllt“ (BG).
- 15. Staatliche Lehrkräfte und Förderlehrer an privaten Volksschulen sowie privaten Förderschulen und Schulen für Kranke**
- 15.1 Grundsatz**
- Staatliche Lehrkräfte und Förderlehrer, die privaten Volksschulen oder privaten Förderschulen und Schulen für Kranke zugeordnet sind, werden unter den gleichen Voraussetzungen befördert wie die Lehrkräfte und Förderlehrer an staatlichen Volksschulen sowie Förderschulen und Schulen für Kranke.
- 15.2 Schulleiter und Schulleiterstellvertreter**
- Bestellt ein Träger einer privaten Volksschule, einer privaten Förderschule oder Schule für Kranke eine staatliche Lehrkraft im Beamtenverhältnis zum Schulleiter oder Schulleiterstellvertreter, kann diese unter folgenden Voraussetzungen in ein entsprechendes Amt befördert werden:
- Die Funktionsstelle war im nichtamtlichen Teil des amtlichen Schulanzeigers ausgeschrieben (Nr. 2.4 der Richtlinien).
  - Der Schulträger hat ein Auswahlverfahren durchgeführt, das dem in Nr. 3.1 bis 3.4 der Richtlinien festgelegten Verfahren entspricht; dabei kann der private Schulträger Bewerber ablehnen, die nach seinen allgemein festgelegten Grundsätzen bei ihm nicht als Lehrkraft beschäftigt werden können.
- Der Schulträger legt der Ernennungsbehörde die Stellenausschreibung, die eingegangenen Bewerbungen sowie die Aufzeichnungen über die maßgeblichen Auswahlerwägungen vor. Stellt die Ernennungsbehörde fest, dass die Auswahlentscheidung entsprechend den vorstehenden Grundsätzen erfolgt ist und die Beförderungsvoraussetzungen im Übrigen

gegeben sind, ist die Beförderung vorzunehmen.

#### 16. Lehrkräfte und Förderlehrer im Angestelltenverhältnis

Lehrkräfte und Förderlehrer im Angestelltenverhältnis, die die fachlichen und pädagogischen Voraussetzungen für die Übernahme in das Beamtenverhältnis erfüllen, können unter den gleichen Voraussetzungen wie Lehrkräfte und Förderlehrer im Beamtenverhältnis mit der Wahrnehmung von Funktionen beauftragt werden.

Bei funktionslosen Beförderungen ist eine Höhergruppierung der Lehrkräfte und Förderlehrer im Angestelltenverhältnis zu den maßgebenden Beförderungszeitpunkten für vergleichbare Beamte möglich. Für die Berechnung der erforderlichen „Dienstzeit“ gelten die laufbahnrechtlichen Bestimmungen entsprechend. Es ist damit beispielsweise eine fiktive „z.A.-Zeit“ zu berücksichtigen.

#### 17. Ausnahmen

Die Regierungen können Ausnahmen von den erforderlichen Bewertungsstufen der dienstlichen Beurteilung zulassen, wenn auch nach wiederholter Ausschreibung keine entsprechenden Bewerbungen vorliegen, an der unverzüglichen Besetzung der Stelle ein dienstliches Interesse besteht und der Bewerber im Übrigen für die Wahrnehmung der Funktion fachlich geeignet erscheint. Sonstige Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums.

#### 18. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Gleichlautende und entgegenstehende Regelungen werden zum gleichen Zeitpunkt aufgehoben. Insbesondere treten außer Kraft die KMBek vom 15. Januar 2001 (KWMBI I S. 34), das KMS vom 2. April 2002 Nr. IV/6-P 7010/1-4/26 033, das KMS vom 14. Februar 2003 Nr. IV.6-5 P 7010.1-4.12 889.

Erhard  
Ministerialdirektor

KWMBI I 2006 S. 74

223011.114-UK

### Zulassung von Lernmitteln

#### Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 21. März 2006 Nr. III.6-5 S 1321.1-5. 26 504

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schulararten zugelassen.

Die mit \* gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

#### 1. Lernmittelfreie Lernmittel

##### Allgemein bildende Schulen

##### Grundschule

##### Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

\**PIRI Das Sprach-Lese-Buch*, v. Auer u.a.:

2: BN 270551, 1. Aufl. 06, 19,95 €, ZN 14/06-V (31.03.06)

##### Mathematik

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

\**Das Zahlenbuch*, Ausg. Bayern (neu), v. Wittmann/Müller:

2: BN 200820, 1. Aufl. 06, 15,50 €, ZN 7/06-V (31.03.06)

##### Hauptschule

##### Ethik

Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

\**Gib mir die Hand*, Ausg. Bayern:

**Ethik 6:** v. Kreutzfeld u.a., BN 72206, 1. Aufl. 06, 17,40 €, ZN 4/06-V (31.03.06)

##### Kommunikationstechnischer Bereich

Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

\**Kommunikationstechnik:*

**9/9M:** v. Pöschl/Schütz, BN 44046, 1. Aufl. 06, 19,90 €, ZN 3/06-V (31.03.06)

##### Mathematik

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

\**Lernstufen Mathematik*, Hauptschule Bayern, *Neue Ausgabe*, hrsg. v. Leppig:

**M8:** BN 520226, 1. Aufl. 06, 17,95 €, ZN 22/06-V (31.03.06)



**Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:**

**\*Kopf oder Zahl?** hrsg. v. Igl:

**6:** BN 72606, 1. Aufl. 06, 17,60 €, ZN 234/05-V (31.03.06)

### Gymnasium

**Deutsch – Lesebücher**

**C.C. Buchners Verlag, Bamberg:**

**\*Das Buchner Lesebuch**, hrsg. v. Hotz/Rötzer:

**7:** BN 3807, 1. Aufl. 06, 17,40 €, ZN 229/05-G8 (31.03.06)

**Griechisch – Lesebücher / Texte mit ausführlicher inhaltlicher Erläuterung**

**Aschendorff Verlag, Münster:**

**Hinweis:**

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Platon, **Apologie und Kriton** nebst Abschnitten aus Phaidon, v. Müller, zugl. f.d. Ost., **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11:**

**\*Text:** BN 2224-9, 16. Aufl. 06, 5,20 €, ZN 173/88-G (31.03.06)

Platon, **Protagoras**, v. Hempelmann, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11:**

**\*Text:** BN 2228-1, 5. Aufl. 05, 4,60 €, ZN 125/81-G (31.03.06)

**Latein – Lesebücher / Texte mit ausführlicher inhaltlicher Erläuterung**

**Aschendorff Verlag, Münster:**

**Hinweis:**

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Cicero, **De imperio Cn. Pompei und Pro L. Murena**, v. Czapla, zugl. f.d. Jgst. 10 u. 11, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11:**

**\*Text:** BN 2154-4, 2. Aufl. 06, 6,60 €, ZN 194/98-G (31.03.06)

Cicero, **Reden gegen Verres**, v. Voigt, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11:**

**\*Kommentar:** BN 2036-X, 13. Aufl. 06, 5,50 €, ZN 81/88-G (31.03.06)

**\*Einhart, Vita Karoli Magni**, v. Herrmann:

**Text:** BN 2109-9, 6. Aufl. 05, 3,50 €, ZN 283/80-G (31.03.06)

**Kommentar:** BN 2111-0, 5. Aufl. 05, 4 €, ZN 283/80-G (31.03.06)

**\*Seneca, Ad Lucilium epistulae morales**, v. Kirfel, zugl. f.d. Jgst. 13:

**Text:** BN 2084-X, 7. Aufl. 06, 5 €, ZN 105/89-G (31.03.06)

**Religionslehre – katholisch**

**Kösel-Verlag, München:**

**Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

**Farbe bekennen**, v. Loy u.a.:

**\*12: Grundkurs**, BN 50458, 3. durchges. Aufl. 06, 15,95 €, ZN 132/95-G9 (31.03.06), **befr. b.z. Abl. d. Schj. 09/10**

**Wirtschaft und Recht**

**C.C. Buchners Verlag, Bamberg:**

**\*Buchners Kolleg Wirtschaft und Recht:**

**1: Volkswirtschaft**, v. Bauer u.a., BN 7202, 1. Aufl. 06, 24,40 €, ZN 11/06-G9 (31.03.06), zugl. **ab** Jgst. 12, **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11**

## **Berufliche Schulen**

### Wirtschaftsschule

**Betriebswirtschaft**

**Merkur Verlag, Rinteln:**

**Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

**\*Blickfeld Wirtschaft**, v. Speth u.a.:

**1:** BN 0051-2, 13. Aufl. 06, 14 €, ZN 7/94-W (31.03.06), zugl. f.d. Jgst. 8

**2. Lernmittel, die nur unter den Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, KWMBI I S. 251) lernmittelfrei sind**

## **Allgemein bildende Schulen**

### Gymnasium

**Mathematik**

**Konrad Wittwer, Stuttgart:**

**\*Mathematische Formelsammlung – Gymnasien**, BN 87919, 1. Aufl. 06, 9,90 €, ZN 56/05-G (31.03.06); d. Zul. gilt **nicht** zum Gebrauch i.d. Abiturprüfung u. bei sonst. Leistungserhebungen

**3. Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige  
Lernmittel**

**Allgemein bildende Schulen**

**Grundschule**

**Deutsch – *Die Schriftsprache erwerben***

**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

**\**Die Luna-Fibel:***

**Schreiblehrgang mit Vereinfachter Ausgangsschrift:**  
v. Meyer-Kioschies u.a., BN 270383, 1. Aufl. 06, 8,25 €,  
ZN 247/05-V (31.03.06)

**Mathematik**

**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

**\**Das Zahlenbuch – Arbeitsheft*,** Ausg. Bayern (neu),  
v. Wittmann/Müller:

**2:** BN 200822, 1. Aufl. 06, 7,25 €, ZN 8/06-V (31.03.06)

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am  
31. März 2006 in Kraft.

E r h a r d  
Ministerialdirektor